

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

27. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 90 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Köln, den 10. Oktober 1931

Erscheint vierteljährig Samstags
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 21

Befahrenszeichen der Zeit

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in einer sehr langen Erklärung der Regierung und der Öffentlichkeit neue Wünsche angemeldet. Dieser Erklärung schlossen sich die übrigen größten Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an, so daß sich die summierte ökonomische und politische Macht aller deutschen Kapitalinteressen hinter diese Forderungen stellt.

Die Forderungen sind sehr deutlich. Es wird die durch die englische Pfundentwertung und die internationale Goldkrise entstandene Panikstimmung benutzt, um eine neue Lohnabbauwelle zu begründen. Das zu einer Stunde, da sich die Rückwirkungen auf den deutschen Export noch gar nicht erkennen lassen. — Es ist das laßt man bekannte, alte Lied, das in etwas anderer Modulation wieder angestimmt wird: Abbau der Ausgaben und Ausgaben des Staates, Abbau der Sozialpolitik, Abbau der Löhne und Gehälter, Zerstückelung des Tarif- und Schlichtungswesens, Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auf dem Wohnungsmarkt usw. Es ist ein katastrophales Armutszeugnis für den Geist der schöpferischen Unternehmerpersönlichkeiten, daß das deutsche Unternehmertum in dem jahrelangen Hin und Her der Diskussionen über die Möglichkeiten zur Lösung der Krise keinen neuen Gedanken hervorzubringen imstande ist! Auch nicht eine Andeutung, was die Unternehmerklassen zu tun gedenken — nur Forderungen an die andern.

Eine neue Note ist allerdings festzustellen. Die Industrie- und Bankstandards der letzten Zeit haben so deutlich gezeigt, wie faul in der deutschen Privatwirtschaft vieles ist, habe so viel öffentliche Kritik erzeugt, daß man auch von der obersten Spitze der Industrieführung aus etwas dazu sagen muß. So läßt sich die Erklärung im grundsätzlichen Teil ihrer Darlegungen zu einer Art Bekenntnis herab, es seien „Fehler und Mißgriffe vorgekommen“. — Schonungslos kann man sich angesichts der Vorgänge bei Nordwolle u. a. nicht gut ausdrücken! Aber sonst ist natürlich in der Privatwirtschaft alles in bester Ordnung und „es beruht auf einer völligen Verleugnung der Zusammenhänge, wenn die Privatwirtschaft für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich gemacht wird“.

So geht es nicht. Wenn die großen Wirtschaftsverbände, wenn die Wirtschaftsführung sich ernsthaft um die Behebung der Wirtschafts-, Volks- und Staatsnot bemühen wollen, müssen sie schon andere Wege begehen. Wir werden zum Ziele gelangen können, wenn die Spitzenverbände von Industrie und Gewerkschaften sich zusammenfinden und in gemeinsamer Aktion der Rettung zustreben. Möglichkeiten hierzu sind wiederholt geboten worden. Auch die Antwort der Spitzenverbände aller Gewerkschaften bietet gemeinsame Ziele. Die gemeinsame

Erklärung aller deutschen Spitzengewerkschaften

befagt u. a.:

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen. Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnote der Länder aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haktlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnote in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Irrationalisierung, Kapitalfestschließung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren werden als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter, sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das

Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein. Die trasse Interessenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu einer gemeinsamen Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterbewegung ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflös preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche

Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stundenwoche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Sicherung des Tarifrechtes und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziele der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Zweigen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleistungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rückwärtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Die Wirtschaft und die deutsche Öffentlichkeit muß sich doch allmählich klar darüber sein, daß der vor uns stehende Notwinter nicht überwunden werden kann, wenn der bisher beschrittene Weg fortgesetzt würde. Keine Regierung, keine Notverordnung, keine Polizeigewalt wird imstande sein, Deutschland vor dem Aufstoßen mächtiger, radikalster Störungen zu schützen, wenn der Arbeiterschaft nicht Recht und Gerechtigkeit, Arbeit und Brot geschaffen wird.

Was die letzten Monate der deutschen Arbeiterschaft bekehrten, konnte nur mit dem ganzen Aufgebot der schulden, disziplinierten Gemeinheitswillens überwunden werden. Mit einer Solidarität, die höchsten Opferwillen mit größter Entschlossenheit zugleich vereint. Die noch in Lohn und Arbeit stehenden Menschen mußten schärfste Bescheidung ihrer Tariflöhne und rückwärtslose Abbau ihrer ehrlich erdienten übertariflichen Beilagszulagen hinnehmen. Sie taten es, weil Wirtschaft und Regierung einen Abbau der Lohnkosten für notwendig und unabänderlich erklärten, wenn die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommen sollte. Die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse bieten das Mittel des Lohnabbaues für denkbar ungeeignet, den auch von ihnen gewünschten Zweck „Entlastung der Wirtschaft“ zu

erreichen. Sie zeigten auch genügend andere gangbare Wege auf — sie wurden nicht begangen. So fügte sich die Arbeiterschaft, um wenigstens den Verlust gemacht zu haben, die erschreckend große Zahl arbeitsloser deutscher Brüder und Schwestern zu mindern.

Der Erfolg ist betannt. Die Minderung der Kaufkraft droffelte den Anlandsmarkt mehr und mehr ab, brachte Betrieb um Betrieb zum Erliegen. Das übrige erledigte die famose Wirtschafts-„Führung“ durch verfehlte Rationalisierungen, Verschwendungssucht der leitenden Industriemagnaten und Fehlanlage von ungeheuren Geldsummen. Siehe Nordwolle, Danabank und andere Blüten deutschen Wirtschaftsgeistes! So kam es, wie in all den vorangegangenen Lohnabbaukämpfen die Gewerkschaftsvertreter immer wieder voraussetzten: Der durchgeführte Lohnabbau brachte einen sich steigenden Produktionsrückgang, weil das geminderte Einkommen der Arbeiterschaft — die doch innerlich mit ihren Familien zwei Drittel der deutschen Bevölkerung überhaupt darstellen — außer dem nackten Lebensunterhalt einfach keine Käufe mehr zuließ. Die Folge war und ist noch heute, daß die Zahl der Arbeitslosen sich mit rasender Schnelligkeit ins Unermessene und Untragbare steigert! Gewiß, es gibt noch andere Ursachen, die vielleicht nicht alle von Deutschland allein geändert und abgewehrt werden können. Aber kein Mensch soll behaupten, daß die verantwortlichen deutschen Wirtschaftsführer wirklich alle Möglichkeiten erschöpft hätten, dem Übel von sich aus zu steuern.

Der Sturm gegen den Lohn

Jeht sich in verhärtetem Maße fort. Die Regierung ließ durch den Reichsarbeitsminister wiederholt erklären, der Lohnabbau müsse jetzt abgebrochen werden. Trotzdem erfolgen immerzu noch weitere Lohnkürzungen. Mit mehr oder weniger sanfter Nachhilfe der staatlichen Schlichtungsstellen werden sie einfach erzwingen! Nun sind im Ruhrbergbau die Löhne durch Schiedspruch um weitere 7% gesenkt worden. Und das im Bergbau, wo die Gruppe der bestbezahlten Arbeiter, die Hauer, nach Angabe einer den Unternehmern nahestehenden bergmännischen Zeitschrift ein Nettoeinkommen von 140 RM. pro Monat erzielt! Dabei sehr wahrscheinlich der tatsächliche Verdienst durch die vielen Freierlichkeiten noch wesentlich geringer ist. Dafür muß ein Mann in der Grube tagtäglich sein Leben riskieren, muß er in schwerster Arbeit sich abmühen, die vorgegebene Menge Kohlen zu fördern — und kann dabei mit seiner Familie sich nicht ordentlich satt essen. Diesen Leuten zieht man nun neuerdings noch mehr an ihrem knappen Lohn ab und läßt eine gefällige Presse zur Begründung schreiben: „Hier handelt es sich einfach nicht mehr um die Frage, ob Reallohn und Kaufkraft gewahrt werden können, sondern lediglich darum, ob und mit welchen Mitteln die bisherige Beschäftigung einigermassen aufrecht zu erhalten ist“ (Deutsche Allgemeine Zeitung). Es ist also mit andern Worten ganz nebensächlich, ob der Arbeiter zu essen hat oder nicht — Hauptsache ist, er arbeitet.

Welch eigenartige Blüten — ob aus eigener Erkenntnis oder dank entsprechender Nachhilfe der „notleidenden“ Wirtschaft, läßt sich nicht feststellen, — in diesem Zusammenhang die Wissenschaft in den Köpfen mancher ihrer mehr oder weniger prominenten Vertreter treibt, mußte an dieser Stelle schon wiederholt festzustellen werden. Einen besonderen Namen hat sich hier Prof. Hornfeffer durch sein ausreichend bekanntes Buch „Friede am Balken“ erworben. In einer neuen Schrift „Der Sozialismus und der Todestampf der deutschen Wirtschaft“ legt er seine eigenartigen Skizzen fort.

„Der Deutsche“ schreibt ihm in Nr. 24 sehr zutreffend ins Stammbuch:

... Eine Blütenlese mag zeigen, mit wie wenig klarem Sinn sich diese Schrift eines angeblichen Wissenschaftlers in die Arbeiterfrage einmischt.

Auf Seite 64 heißt es:

„Es war gewiß nicht zu billigen, daß ehemals, wie es zweifellos der Fall war, die Unternehmer die Arbeiter nur als Werkzeuge in ihrem persönlichen Dienste aufzählten, sie nicht als Mitarbeiter an der Wirtschaft, an dem gemeinsamen Werte betrachteten und infolgedessen ihre Dienste nicht genügend lohten, ihre menschlichen und sozialen Bedürfnisse im Rahmen des Möglichen nicht ausreichend würdigten und befriedigten. Dies ist vollkommen richtig. Kein einsichtiger und gewissenhafter Beobachter kann es bejahren.“

Das hindert Horneffer allerdings nicht, einige Seiten vorher die für diese Erscheinung verantwortlichen Wirtschaftsführer als geniale Unternehmer zu feiern. Wer dann weiterhin der Meinung ist, daß eine derartige Erkenntnis der früheren Zustände der heutigen sozialen Praxis bestimmte Aufgaben zuweisen müßte, ist schwer im Irrtum; denn zur Lohnhöhe schreibt Horneffer auf Seite 90:

„Aber es sei; der Lohn gelte derart herabgedrückt, daß die Empfänger davon nicht mehr zu leben vermögen. Was dann? Nun, dann muß die Caritas, muß die Nächstenliebe helfend eingreifen, und dann mag auch, wenn diese nicht ausreicht, der Staat als Träger des sittlichen Volkseigens zur Seite stehen.“

Dann scheint es ja überhaupt in Ordnung zu geben, daß man die Dienste des Arbeitnehmers schon ehehem „nicht genügend“ loht, und der Staatseingriff ist dann wohl auch berechtigt. Aber ihn nennt Horneffer Sozialismus, der die Wirtschaft zerstöre. Das ist alles

eigentlich so „wissenschaftlich“, daß es dem einfachen Menschen ganz dumm dabei werden muß.

Noch schlimmer steht es auf Seite 97:

„Ich behaupte, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter grundsätzlich, im wesentlichen, im großen und ganzen sich überhaupt nicht ändern läßt, daß sich die Arbeiter mit dieser ihrer wirtschaftlichen Lage, d. h. mit einem Lohnsatz, der nur gerade ihr Leben fristet, mit dem sie nur die allernotwendigsten, dringlichsten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse decken können, ein für allemal abfinden müssen, daß eine grundsätzliche Änderung ihrer wirtschaftlichen Stellung, eine Emporhebung auf einen wesentlich anderen, besseren Stand der wirtschaftlichen Bedingungen nie und nimmer geschehen kann, daß dieser Wunsch für alle Zeit un-erfüllbar ist.“

Das ist nicht nur allergeringster Lohnpessimismus, mit dem den Arbeitnehmern jede Kulturfähigkeit abgeprochen wird, das ist auch der Aufruf an alle müden Menschen, die Gewerkschaften nur als Störenfriede zu empfinden, das ist eine Feststellung, mit der dem Arbeiter sein Dasein als Mensch abgeprochen wird und mit der für Millionen Menschen die Arbeit ihren Sinn verlieren müßte, wenn es auch nur halbwegs so wäre, wie es Horneffer ausspricht. Man lese dazu nur, was er auf Seite 65 schreibt: „Wir können uns den Menschen ohne eine gewisse Art und einen gewissen Grad von Eigentum überhaupt nicht vorstellen.“ Wie der Arbeiter dann mit dem, was nur, die allernotwendigsten, dringlichsten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse“ deckt, sich Eigentum verschaffen kann, bleibt wohl ewig ungelöst. . . .

Also Industrie und Wissenschaft Hand in Hand an der Arbeit, die anerkannt hochqualifizierte deutsche

Arbeiterchaft zum Heloten zu erniedrigen. Großmütig ist man bereit, durch Hilfe der Caritas die Menschen vor dem Verhungern schützen zu lassen. Wenn nur der eigene Verdienst und das eigene Wohlleben nicht dabei in Gefahr kommt!

Nein, für diese Art Nächstenliebe danken wir. Recht und Gerechtigkeit fordert der deutsche Arbeiter, er will gerechten und auskömmlichen Lohn gegen ehrliche Arbeit eintauschen — keine Geschenke!

Was folgt aus alledem?

Für den aufrechten deutschen Arbeiterstand wird der Winter eine schwere Belastungsprobe bringen. Wir werden an schwersten, entscheidungsvollsten Kämpfen um den Bestand unserer Tarife, um Erhaltung der Sozialversicherung nicht herumkommen. Sogar der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen hat sich einer Rückversicherung gegen Streikschäden in der 3. Gefahrenklasse angeschlossen. Daher heißt es: Auf der Hut sein, alle Kräfte sammeln und in entschlossener Abwehr Mann für Mann zusammenleben. Das einzige wirkungsvolle Bollwerk gegen all diese Angriffe sind die gewerkschaftlichen Organisationen. — Diese hofft man in den fortgeführten Kämpfen zermürben, und durch die wachsenden Unterstützungsverpflichtungen für die arbeitslosen Mitglieder finanziell erschüttern zu können.

Diese Absichten werden wir zunichte machen! Jetzt geht es um Sein oder Nichtsein! Daher noch enger die Reihen gekampt, jeden noch abseits stehenden Berufszugehörigen, jede unorganisierte Kollegin herangezogen! Gebt die Antwort auf all diese frivolten Angriffe durch verstärkte Werbetätigkeit auf der ganzen Linie

für den Graphischen Zentralverband!

Erfordernisse der neuen Zeit

Die christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands tagen

Die außerordentlichen Geschehnisse der Zeit sind untrügliche Zeichen dafür, daß sich das Ganze unseres völkischen Lebens in Wandlung befindet. Wirtschaftlich, staatlich und gesellschaftlich sind frühere Gewohnheiten und Ordnungen brüchig geworden und überholt, drängt Neues zum Werden. Zumal die ungeheure Wirtschaftskrise mit ihrem Massenelend und ihrer Massennot demonstriert auch dem Besten, daß die bisherigen Ordnungen den Erfordernissen, wie sie sich aus der Sorge um die bestmögliche Wohlfahrt der Menschen ergeben, nicht mehr genügen. Den positiven Kräften im Volke ist damit die Aufgabe gestellt, in planvollem und entschlossenem Handeln die notwendigen Neuordnungen herbeizuführen. Diese Aufgabe ist um so dringlicher, als die wachsende Volksnot auf der einen, und der sich noch immer verstärkende Kapitalismus auf der anderen Seite, wie mit Feuerchrift andeuten, daß Gefahr im Verzuge ist.

Diese Zustände und Erfordernisse waren für die christlichen Gewerkschaften Rheinlands und Westfalens Veranlassung, erneut zu überprüfen, in welcher Richtung ihre Mitarbeit an der Neuordnung unseres völkischen Lebens in wirtschaftlicher, staatlicher und gesellschaftlicher Beziehung zu erfolgen hat. Die Landesleitung der christlichen Gewerkschaften hatte dazu für den 29. September eine außerordentliche Tagung nach Essen einberufen. Das einleitende Referat hielt der den christlichen Gewerkschaften zugehörige Professor Dr. Theodor Brauer. Er führte u. a. aus:

Die Wirtschaft ist im wesentlichen nicht mehr Konkurrenzwirtschaft, sondern Konventionenwirtschaft, beruht also auf Abmachungen, die mehr und mehr alle Gebiete der Wirtschaft erfassen. Diese schon vor dem Kriege angefangene Entwicklung tritt jetzt erst in vollem Umfange in die Erscheinung, weil sie nicht mehr verhüllt wird durch das Auftreten und das Wirken großer Unternehmerpersönlichkeiten. Die Generaldirektoren regieren. Sie bringen die Bürokratie in der Wirtschaft zum Siege. Die Kapitalverwertung, zum Selbstzweck geworden, wird gleichsam durch Inzucht getrieben, indem die Unternehmung sich „schachtelt“ und Gewinnmöglichkeiten mindestens buchmäßig stabilisiert werden. Diese Tendenz geht einher mit der anderen, in Vertikalkonstruktion, durch Bindungen von den niederen Produktionsstufen zu den höheren und zum Handel hin die Rente zu sichern. Die Konzentration mit ihrer Abkühlung des Wettbewerbsmotos wird in ihrer Wirkung zur Anonymität nachdrücklich verstärkt durch die fast reflexlose Ausschaltung des persönlichen Moments im Arbeitsprozeß. Die ganze Wirtschaft zeigt eine unerträgliche Starre, die nach Art eines Schicksals auf den Menschen lastet. Die Frage, ob die Gewerkschaften als solche durch Lohndruck für diese Entwicklung mitverantwortlich seien, kann mit gutem Gewissen verneint werden, denn das richtige und wirtschaftlichfördernde Zusammenwirken der 3 Produktionsfaktoren (Natur, menschliche Arbeit und Kapital) ist die wesentliche Funktion des Unternehmers. Die Aufgabe, daß die Gewerkschaften in der Richtung des technischen Fortschritts gedrängt haben, liegt auf ganz anderer Linie;

ihnen ist weseneseigentlich, daß sie den Fortschritt in Richtung der Kaufkraftstärkung und daher möglichst reichlicher Menschenbeschäftigung leben und suchen. Die Kostenminderung durch Herbeiführung des möglichst „idealen“ Verhältnisses von Zahl der Beschäftigten, Arbeitshygiene und Arbeitsergebnis ist in der jüngsten Rationalisierungsperiode jedoch völlig vernachlässigt worden. Not tut heute vor allem größte Beweglichkeit in jeder Beziehung, rücksichtsloser Durchbruch durch die Preisstarre, Pflege des unternehmerischen Menschen in allen Schichten, Abbau der Bürokratie, wo immer sie anzutreffen ist, Niederzwingung des „grundfählichen“ Misstrauens, Zusammenarbeit der Führer der leitenden und ausführenden Arbeit auf dem Boden des „gesunden Menschenverstandes“ und hier sowie im gesamten nationalen und internationalen Leben Schaffung einer breitesten Vertrauensbasis. Die Gewerkschaften können und müssen daran in verantwortlicher Hinsicht an die Aufgabe der Stunde mitwirken. Nicht der Kampf um Wirtschaftssysteme, der sich ja doch zumeist in Schlagworten erschöpft, ist für die Gewerkschaften hier das wichtigste. Dringlicher ist höchste Erziehbildung der Wirtschaft für die allgemeine Wohlfahrt, deren Sachwalter die Gewerkschaften mit sind, zu erzielen.

Auf staatlichem Gebiete muß der Kampf der Staatsverpöpfung gelten, die eine doppelgesichtige ist, indem sie auf der Seite der Regierenden aus einer völlig vermittellichten Staatsräson, auf der Seite der Regierten aber aus deren stetem Hinsterben auf den Staat als die auf allen Gebieten und in allen Hinsichten allmächtige Instanz erwächst. Start ist der Staat, der sich, unbehindert von Interessengegenständen und unbehindert von doch meist zu Korruption führenden „Subventionen“, seinen eigentlichen Hoheitsaufgaben widmen, und über den Parteien stehend, kraftvoll entscheiden kann. Das gilt auch für die Neuregelung der notleidenden Sozialpolitik; es gilt ebenfalls für die Beurteilung des staatlichen Schieds- und Einigungswesens. So berechtigt und notwendig dieses in schwierigen Übergangszeiten wie heute ist, Gewerkschaftsprinzip kam immer nur selbstbewußte Selbsthilfe sein. Was dann die Sozialpolitik anbelangt, so steht wirkliche Sozialpolitik, solche also, die dem Aufbau der Gesellschaft dienen soll, Sozialreform voraus.

Und damit gesellschaftlich: Der moderne Staat hat die gesellschaftlichen Lebensstufen außer ihm zurückgedrängt. Deren Gelung und Kräftigung ist eine der Lebensaufgaben des Volkes. Der Staat selber hat dazu mitzuhelfen, indem er den Laufbau einer gelunden Selbstverwaltung der Stände erleichtern hilft. Wirkliche gesellschaftliche Ordnung ist nur unter einer Voraussetzung möglich, daß nämlich an die Stelle der vorwiegend wirtschaftlichen Wertschätzung allein nach Besitz, wie sie heute fast unumgänglich herrscht, die soziale Wert-schätzung nach der Leistung erfolgt. Sonst müßte die Arbeiterchaft für alle Zeiten auf Gesellschaftsfähigkeit verzichten. Leistung aber kommt nicht als isolierte Einzelleistung zustande, sondern im Zusammenhang mit vielen anderen als Gesamtleistung. Hier ergibt sich die natürliche Verbindung der Menschen untereinander zur Berufsgemeinschaft. Von hier aus hat der Aufbau zum

Berufsstand zu erfolgen, der einzigen ständigen Möglichkeit in Zeiten der Demokratie, weil diese keine Vorrechte duldet. Mit als erstes ist erforderlich der Übergang vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Der Gewerkschaft erwachsen gerade in diesem Zusammenhang Aufgaben von größter Tragweite: sie hat die Bildung der Arbeiterchaft zur Pflicht und ihre Hinführung zu gleichwertiger Anerkennung in einer auf dem Leistungsprinzip aufzubauenden Gesellschaft vorzubereiten. Sie ist ja nicht bloß wirtschaftliche Interessensvertretung, sondern gleichzeitig soziale Bewegung. Indem sie aus der Masse kraftvolle Führerpersönlichkeiten herausbildet, ist sie bedeutungsvolle Vorkämpferin der neuen Gesellschaft.

In umfassender Aussprache wurden die Darlegungen Brauers erweitert und vertieft. Die Gesamttätigkeit der christlichen Gewerkschaften wird fortan verstärkt die Umformung unseres wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zum Ziele haben, wie sie sich als Notwendigkeit — erkennbar für alle Outgestimmten im Volke — längst ergeben hat.

Der weitere Inhalt der Tagung in Essen galt den Erfordernissen, wie sie sich aus der Notlage der Arbeiterchaft für die Tagesaufgabe der Gewerkschaften ergeben. Die Not der Arbeiterchaft ist vor allem in Westdeutschland längst eine allgemeine geworden. Durch stärkste Kürzungen der Tarif- und Arbeitslöhne und durch die fast allgemeine Kurzarbeit ist die wirtschaftliche Lage auch der noch in Arbeit stehenden aufs äußerste erschwert. Die Gewerkschaften suchen die Not der Arbeiterchaft nach bester Kraft zu meistern. Ihre Hilfe gilt im kommenden schweren Winter vor allem den Arbeitslosen. In allen Kartellbezirken haben die Ortsausschüsse der christlichen Arbeiterhilfe in Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften und den übrigen Gruppen der christlichen Arbeiterbewegung ihre Hilfstätigkeit aufgenommen. Jedem weiteren Lohnabbau, jedem weiteren einseitigen Druck auf die Lebenslage der Arbeiterchaft setzen die christlichen Gewerkschaften aus sozialen, volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen äußersten Widerstand entgegen. Die Gewerkschaften können und werden nicht dulden, daß man die Arbeiterchaft einfach verelenden läßt. Auf das politische Geschehen werden die christlichen Gewerkschaften verstärkten Einfluß zu nehmen suchen. Auch um des Staates willen. Dem Kabinett Brüning gegenüber bewahren die christlichen Gewerkschaften ihre bisherige politokratische Haltung. Die Reichsregierung ist dabei auch von den christlichen Gewerkschaften gemahnt, von weiteren einseitigen Belastungen der Arbeiterchaft abzusehen. Ihre Unterstützung kann nur einer Staatspolitik gelten, die mit weitem Blick auch die sozialen Rechte des Volkes zu achten und zu wahren weiß. Das kommende Winterhalbjahr wird für die christlichen Gewerkschaften im Zeichen einer verheißenen Erlösung ihrer Mitglieder stehen.

Die Treue, mit der die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften einschließlich der Arbeitslosen zu ihrer Bewegung stehen, ist mit die beste Bürgschaft für das weitere fruchtbare Wirken dieser für unser ganzes Volksleben so bedeutsamen Organisation.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Änderung in der Arbeitslosenunterstützung. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 ist der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt und verpflichtet, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt sicherzustellen. Auf Grund dieser Verordnung hat der Vorstand beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen, für berufstätliche Arbeitslose auf 16 Wochen zu kürzen. Die Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft. Die durch den Beschluß erzielte Einsparung soll die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die bei einer Höchstzahl von 6 1/2 Millionen Arbeitslosen für Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erwachsen werden.

Um die versicherungsmäßige Unterstützung nicht zu gefährden, mußten die Arbeitnehmervertreter im Vorstand der Reichsanstalt diesem Vorschlag zustimmen. Voraussetzung bei der Herabsetzung der Unterstützungsdauer war, daß die Krisenunterstützung um die gleiche Zeit verlängert wird. Diese Verordnung wird in den nächsten Tagen erwartet.

Nachwahlen zum Betriebsrat bei rückgängiger Arbeiterzahl. Für die nach § 15 BRG. vorgeschriebene Mitgliederzahl des Betriebsrates ist gemäß Reichsarbeitsgerichtsentscheidung (RAG. B 65/30) der Stand der Belegschaft zur Zeit der Bildung des Betriebsrates in der Hauptwahl über die ganze Wahlperiode hin maßgebend. Ein Herabfallen der Belegschaftszahl führt nicht zu einer Amtsübertragung der nach den Proportionen des § 15 BRG. überzähligen gewordenen Betriebsratsmitglieder. Damit ist aber — wie in einer neueren Entscheidung (RAG. B 12/31) ausgeführt wird, nicht gesagt, daß die abstrakten Rechnungsaktoren zur Zeit der Hauptwahl bestimmende Wirkung beanspruchen können, wenn es sich um die Ergänzung des Betriebsrates innerhalb der Amtsperiode durch Neuwahl (§ 42 BRG.) handelt. Zweck des § 42 BRG. ist, dem Betriebe eine seinem Umfange entsprechende taugliche Betriebsvertretung zu sichern. Deshalb soll ein Betrieb, dessen Vertretung unter die im Gesetz vorgeschriebene Stärke unergänzt zurückgegangen ist, zur Neubildung seines nicht mehr vollwertigen Organs schreiten. Diesem Zweck entspricht es nicht, bei der Vergleichung von Belegschaftszahl und Stärke der Vertretung den Blick auf den zurückliegenden Betriebsstand zur Zeit der Hauptwahl zu richten, und den bei der Ergänzungswahl wirklichen außer Betracht zu lassen. Im Gegensatz zu der organisatorischen Grundbestimmung der §§ 1, 2 BRG. § 4 BRG. kommt es in den §§ 15, 16 BRG., § 10 BRG. für die Gliederung der Betriebsvertretung nicht auf einen Regelstand, sondern auf die zur Zeit der Wahlabstimmung (§ 16 Abs. 1 BRG.) gerade bestehende Belegschaftszahl an. (RAG. B 12/31. — 10. Juni 1931.)

Ablauf eines Tarifvertrages hebt die Urlaubsansprüche nicht auf. Im Verlauf einer Nachabstimmung hatte das Landesarbeitsgericht Berlin darüber zu entscheiden, ob die durch einen allgemeinerwerblichen Tarifvertrag gewährleisteten Urlaubsansprüche bei Ablauf dieses Tarifvertrages und Kündigung des bisherigen Arbeitsverhältnisses zwecks Abschluß eines neuen auf anderer Lohngrundlage ebenfalls ohne weiteres aufgehoben werden. Die Entscheidung des Gerichtes zugunsten der Arbeitnehmer lautete dahin, daß in einem solchen Falle die üblichen tariflichen Urlaubsansprüche unbeschadet des Ablaufs des Tarifvertrages bestehen bleiben. Zweifelsfrei ist die Weiterleitung höchstens bei außergewöhnlichen Tarifvertragsbestimmungen. Die Urlaubsbestimmungen der meisten Tarifverträge jedoch sind so allgemein gebrauchlich, die Gewährung eines Urlaubs nach Erreichung einer bestimmten Arbeitszeitspanne entspricht so völlig den Begriffen von Treu und Glauben, daß der Arbeitgeber seine Absicht, mit der Veränderung der bisherigen Lohngrundlage auch den Urlaubsanspruch zu befeitigen, klar zum Ausdruck bringen muß. Erfolgt dies nicht, so bleibt der Urlaubsanspruch des bisherigen Tarifvertrages ohne weiteres bestehen.

Kläger war der gewerbliche Arbeiter A., für dessen Arbeitsverhältnis ein allgemeinerwerblicher Tarifvertrag maßgebend war. Vor Ablauf dieses Tarifvertrages kündigte die Firma ihren Arbeitnehmern das bisherige Arbeitsverhältnis zwecks Abschluß eines neuen, und erklärte am Schluß dieses Antrages, daß von dem in Frage kommenden Zeitpunkt an sämtliche Arbeitsverhältnisse als neu abgeschlossen zu gelten hätten. Sie verweigerte demgemäß auch den dem Kläger zustehenden Urlaub mit der Begründung, daß mit Ablauf des Tarifvertrages auch dessen Urlaubsansprüche in Wegfall kämen, da diese eine rein tarifliche Vergünstigung darstellten. Das Arbeitsgericht verwarf diese Ansicht ebenso wie das Landesarbeitsgericht. Sollen bei Ablauf eines Tarifvertrages auch die Urlaubsansprüche verschwinden, so muß dies ausdrücklich beknüpft werden. Im anderen Falle läuft der Urlaubsanspruch als eine gebrauchliche und den Begriffen von Treu und Glauben entsprechende Einrichtung weiter.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreites wurde die Revision zugelassen. (LAG. Berlin 103. S. 1890/31.)

Das Armenrecht. In einem Rechtsstaate muß auch dem Armen in der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben sein, zu seinem Rechte zu kommen, das heißt die Rechtsverfolgung darf nicht an den Kosten scheitern. Wer ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhaltes, die Kosten eines Prozesses zu bestreiten nicht in der Lage ist, und sich das durch ein obrigkeitliches Zeugnis (Ortsbehörde oder Bezirksamt) bescheinigen läßt, dazu auf Anfordern des Gerichtes auch seine Steuerbescheide vorlegt, kann beim Gericht das Armenrecht beantragen. Dem Antrag ist eine Klarlegung des Streitgeschehens und die Angabe der Beweismittel beizufügen. Das Gericht prüft dann die Angelegenheit, fordert gegebenenfalls auch eine Erklärung des Prozeßgegners. Fällt die Vorprüfung zugunsten des das Armenrecht beantragenden Klägers aus, so wird das Armenrecht bewilligt. Das bedeutet die einstweilige Befreiung von der Zahlung der rückständigen und künftig erwachsenden Gerichtskosten und das Recht, daß der „arme Partei“ zur vorläufig unentgeltlichen Bewirtung von Zustellungen und Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher und, insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte ein Rechtsanwalt beigeordnet wird.

Verliert die „arme Partei“ den Prozeß, so kann der Prozeßgegner, der ein obliegendes Urteil gegen die „arme Partei“ erwirkt hat, von dieser die ihm entstandenen Kosten zurückverlangen. Außerdem ist die Partei, die das Armenrecht erhalten hat, nur insoweit von den Gerichtskosten befreit. Sie muß dieselben zahlen, sobald sie ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts dazu instande ist.

Neue Zahlen aus der Invalidenversicherung. Die Beitragseinnahme der Träger der Invalidenversicherung betrug im Monat Juli 68 134 Millionen RM. An reichsgesetzlichen Leistungen wurden einschließlich des Reichszulusses und des Reichsbeitrages 102 660 Millionen Reichsmark ausgegeben. Der größte Teil dieser Leistungen entfällt mit 78 125 Millionen RM. auf die Invalidenrenten. Die Reichsnachpflicht hat aus ihren eigenen Mitteln im Monat Juli 8,11 Millionen RM. ausgezahlt, davon 5,79 Millionen RM. für Invalidenrenten. Auch diese Zahlen zeigen, daß die Beitragseinnahmen weit unter den gesetzlichen Leistungen liegen.

Finanzergebnis der Arbeitslosenversicherung im Rechnungsjahr 1930. Die Reichsanstalt veröffentlichte jenen den Abschluß über den Etat der Arbeitslosenversicherung im Rechnungsjahr 1930. Das Rechnungsjahr lief mit dem Monat März ab und hat einen Gesamtaufwand von 612 804 741,68 RM. erfordert. An Beiträgen veranlagte die Reichsanstalt bei durchschnittlich 14,1 Millionen Beschäftigten 1 190 Millionen RM. Die Ausgaben beliefen sich auf 1 821 Millionen RM. Auf den Kopf des Hauptunterstützungsempfängers in der Arbeitslosenversicherung entfielen im Jahresdurchschnitt monatlich an reinem Unterstützungsaufwand 74,11 RM. und an Gesamtausgaben 82,37 RM. In der Krisenfürsorge entfielen im Jahresdurchschnitt monatlich an reinem Unterstützungsaufwand auf den Kopf eines Hauptunterstützungsempfängers 70,43 RM. und an Gesamtausgaben 71,27 RM.

Allgemeine Rundschau

Der gestunkene Tariflohn. Wenn man die Ergebnisse der Neubearbeitung der Tariflohnstatistik des Statistischen Reichsamtes für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 1. Juli 1931 betrachtet, so zeigt sich in der Gesamtentwicklung ein weitgehend übereinstimmender Verlauf. Die Sätze für Facharbeiter und die für Hilfsarbeiter steigen im Jahre 1925 kräftig an. Im Jahre 1926, dessen erste Hälfte durch konjunkturelle Depression gekennzeichnet ist, verharrten sie ohne nennenswerte Veränderung auf dem erreichten Stande. Im zweiten Drittel des folgenden Aufschwungjahres steigen sie wieder. Alle Reihen zeigen im Jahre 1928 einen Anstieg, der sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 zunehmend verlagert und im April 1930 bei allen Gruppen zum Stillstand kommt. Hieraus bleiben die Lohnsätze etwa ein halbes Jahr lang unanändert. Erst Ende 1930 kommt der durch den Degenhauser Schießspruch (Mai 1930) eingeleitete Lohnabbau in den Tariflohnstufen erstmalig zur Auswirkung. Die erste Jahreshälfte 1931 ist gekennzeichnet durch den Rückgang der Lohnsätze für alle Berufsarten. Am 1. April 1931 betrug dieser Rückgang gegenüber dem jeweiligen Höchststande der Vorjahreszeit im Durchschnitt aller Berufsarten 4,3 v. H., im Mai erreichte er 5,5 v. H., im Juni 5,8 v. H. und im Juli 1931 5,8 v. H. Die Einzelreihen zeigen in ihrem Verlauf natürlich gewisse Abweichungen, die sich jedoch in verhältnismäßig engen Grenzen halten. Die Facharbeiterlöhne sind im Laufe der letzten Jahre verhältnismäßig weniger gestiegen als die der anderen Arbeitergruppen. In sehr umfangreicher Weise veröffentlicht das jetzt erschienene erste Septemberheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Ent-

wicklung der Tariflohnstufen für 17 Gewerbe vom 1. Januar 1925 bis 1. Juli 1931. Natürlich bildet eine Statistik der Tariflöhne kein genaues Bild der Lohnentwicklung und der wirklich verdienten Löhne. Durch Kurzarbeit, Sentung der Akkorde und der Leistungszulagen ist in vielen Fällen eine Sentung der Realverdienste weit unter den Stand von 1928 eingetreten. Um ein genaues Bild über die tatsächliche Lohnentwicklung zu erhalten, bilden die seit Jahren eingeführten Erhebungen über die wirklichen Arbeiterverdienste eine notwendige Ergänzung, ja es ist heute mehr denn je notwendig, die Erhebungen über die tatsächlich verdienten Löhne umfangreicher und in schnellerer Folge vorzunehmen.

Winterhilfe der christlichen Arbeiter. Die Christliche Arbeiterhilfe E. B. Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, die Wohlfahrtsorganisation der gesamten christlichen Arbeiterbewegung, erläßt einen Aufruf zur Bekämpfung der großen Not der erwerbslosen christlichen Arbeiterschaft.

Sie will den arbeitslosen Kameraden in tatkräftiger Standeshilfe über diese schwere Zeit hinweghelfen und sie vor dem Abgleiten in Verzweiflung und Radikalismus bewahren. Die Möglichkeiten der Hilfe sind vielfältig. Sie bauen zum größten Teil auf den Erfahrungen des letzten Jahres auf: Beschaffung von Barmitteln durch Straßen- und Hausmüllungen, Sammlungen bei Veranstaltungen verschiedenster Art, Zahlung von Beiträgen der in Arbeit stehenden Kameraden, Sammlung von Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen, Heimmaterialien usw. Ausbau und Vertiefung der Nachbarhilfe. Einrichtung bzw. Ausbau von Küchen, in denen zu einem billigen Preise warme Speisen und Getränke abgegeben werden können. Schaffung von Aufenthaltsräumen und Einrichtung von Heimbädern für die erwerbslose Jugend. Abhaltung von Bildungs- und Berufslehrgängen für die Jugendlichen. Errichtung und Ausbau von Nähstuben und praktische Anleitung der erwerbslosen weiblichen Jugend und Mütter für die Herstellung von Bekleidungsgegenständen.

In der Erkenntnis, daß die Sorge für die Arbeitslosen Volkssorge ist, wird die Christliche Arbeiterhilfe mit allen Volkstreifen und Organisationen zusammenarbeiten, denen die Überwindung der Arbeitslosennot Volkssache ist, denen die Arbeitslosen nicht Objekte der Wohltätigkeit sind, sondern Menschen, die unverschuldet Opfer von Wirtschaft und Volksnot geworden, deren gesundes Selbst- und Menschenbewußtsein hinweggerettet werden muß in eine bessere Zukunft.

Selbsterhaltungspflicht! Die deutsche Wirtschaftskrise und Finanzkrise hat in ihren unheilvollen Wirkungen ein Ausmaß erreicht, das nur noch durch völlig chaotische Zustände überboten werden könnte. Jede wirtschaftliche Tätigkeit, jede unternehmerische Regung ist durch eine zwangsläufig sich ergebende Kette einmündender Verbordnungen, zum mindesten für eine Reihe von Monaten, behindert worden. Eine wachsende Unruhe über die weitere Zukunft und das eigene Schicksal hat bereits breite Massen der Bevölkerung erfasst. — Sie wird nicht ohne große Anstrengungen die unerlässliche Bildung eines Vertrauensfundaments für Staat und Wirtschaft ermöglichen. Die Unheilstecke der Zusammenbrüche noch vor kurzem flührender intakter Wirtschaftszweige, das wieder anwachsende Heer von Arbeits- und Einkommenslosen, wird nicht sobald abebben und in normale Bahnen zurückgeleitet werden können, wenn nicht in letzter Stunde eine gütige Fügung des Himmels die drohenden Gefahren von uns wendet.

Trotzdem haben wir keinerlei Grund, zu verzagen und die Ereignisse untätig über uns hereinbrechen zu lassen. Das Schicksal hat uns in unserem Kampfe um unsere Selbsterhaltung noch Trümpele in die Hand gegeben, die nicht noch länger ungenützt bleiben dürfen.

Eine der wertvollsten und auch wohl wirkungsvollsten Anfahrsmöglichkeiten, aus unserer unglücklichen Lage herauszutreten, bildet die Disziplin des deutschen Verbrauchers. War es in den ganzen letzten Jahren schon unerträglich, daß wir alljährlich für Milliarden und Abermilliarden Reichsmark ausländische Erzeugnisse über die Grenze ließen, die wir zu einem erheblichen Teile mindestens in gleicher Güte und auch zu gleichen Preisen im Inlande herstellen, oder doch herstellen könnten, so ist es in unserer augenblicklichen Lage geradezu irreführend, leichsinnig und unerantwortlich, gedankenlos oder aus unerklärlicher Bequemlichkeit, Auslandsware für teures Geld, für kostbare Devisen, zu erhandeln.

Was einsichtige Kreise von jeher gefordert haben: „Kauft deutsche Waren“, ist heute zu einer nicht mehr zu umgehenden Verpflichtung aller geworden; eine Bevorzugung deutscher Erzeugnisse ist in erster Linie geeignet, wieder Arbeit und Brot zu schaffen. In den nächsten Wochen muß es sich entscheiden, ob unsere durch die unerträglichen Reparationslasten verursachte gegenwärtige Not ein kleines schwächliches oder ein starkes charaktervolles Geschlecht findet. Unsere Hausfrauen, die in erster Linie die notwendigen Waren des täglichen Bedarfs kaufen, haben von jeher Verständnis für die Erfordernisse nationaler Würde gezeigt. Sie werden eine Bevorzugung der Erzeugnisse deutscher Arbeit, wo immer es sich ermöglichen läßt, zum Leitmotiv ihres zukünftigen Handelns machen. Das gilt für Industrieerzeugnisse ebenso wie für Lebensmittel. Wer sich bei jedem Einkauf

über die Herkunft der Erzeugnisse vergewissert und Auslandsware zurückweist, hilft mit an der Überwindung der vom Ausland und durch deutsche Gleichgültigkeit heraufbeschworenen Krise und gibt deutschen Arbeitslosen Arbeit und Brot.

Ausländische Löhne. Während man in Deutschland das Allheilmittel für die Wirtschaftskrise in einer fortgesetzten Senkung der Löhne erblickt, ist man davon anderwärts nicht so sehr überzeugt. So sind in England neben geringen Lohnsenkungen sogar noch Lohnerböhrungen zu verzeichnen. Es stiegen beispielsweise die Löhne der Monteure und Dreher im Maschinenbau und die der Schiffstischler. Ingesamt gesehen, gingen die englischen Löhne seit 1929 nur um etwa 2,5 Prozent zurück. Vergleicht man die Löhne der einzelnen Gruppen mit den in der Vorkriegszeit gezahlten Löhne (1914) und setzt diese gleich 100, so betrug die Indexziffer am 31. Dezember 1930 für Maurer 179, für Kohrleger 178, für Maler 194, für Bauhilfsarbeiter 195, für Monteure und Dreher 152, für Eisenformer 150, für Mobelleure 151, für Hilfsarbeiter 184, für Kunsttischler 183, für Tapezierer 186, für Handseher 207 und für Buchbinder 217. In Italien bewirkte die von Mussolini angeordnete Lohnsenkung, daß die Indexziffer der durchschnittlichen Stundenlöhne um 9 Prozent zurückgegangen ist. Die Lebenshaltungskosten gingen in derselben Zeit um 10 Prozent zurück. In Frankreich ist der durchschnittliche Stundenlohn für 21 Berufsarten in Paris von 6,11 Fr. auf 6,61 Fr. gestiegen, und zwar im Oktober 1930 gegenüber Oktober 1929, in den übrigen französischen Städten von 3,83 Fr. auf 4,08 Fr. Dabei stand der Lebenshaltungsinde in Paris im April 1931 auf 120, während er in Deutschland in der gleichen Zeit auf 137,2 stand.

Der Deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1931. Im Juni dieses Jahres betrug die Einfuhr 607 Millionen Reichsmark gegen 585 Millionen RM. im Mai, und die Ausfuhr 713 Millionen RM. gegen 747 Millionen RM. im Mai, wozu noch Reparationsanlieferungen im Werte von 33 (37) Millionen RM. kommen. Der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt demnach 106 Millionen RM. und einschließlich der Reparationsanlieferung 139 Millionen RM. Im gesamten ersten Halbjahr 1931 ergibt sich bei 3 700 Millionen RM. Einfuhr und 4 518 Millionen RM. Ausfuhr ein Uberschuß von 818 Millionen RM. und unter Einrechnung der Reparationsanlieferungen von 250 Millionen RM. 1 068 Millionen RM.

Aus den Berufen

Lohntabelle für Facharbeiterinnen in der Kartonnagen-Industrie

(Gültig ab 2. Oktober 1931 bis 14. Januar 1932)

	Ortsklasse					
	I	II	III	IV	V	VI
	St.	St.	St.	St.	St.	St.
8. Facharbeiterinnen unter 16 Jahre:						
im 1. Halbjahr . . .	22,5	21,5	21,0	20,0	19,0	18,0
" 2. " . . .	25,5	24,5	23,5	22,5	21,5	20,0
" 3. " . . .	28,5	27,0	26,0	25,0	24,0	22,5
" 4. " . . .	31,0	29,5	28,5	27,5	26,0	24,5
über 16 Jahre:						
im 3. Berufsjaht . . .	40,5	39,0	37,5	36,0	34,0	32,0
" 4. " . . .	49,0	47,0	45,0	43,5	41,5	38,5
" 5. " . . .	56,5	54,0	52,0	50,0	47,5	44,5

Für Facharbeiter, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen bleibt der bisherige Lohn unverändert. Für Berlin, Dresden, Seiffenriedorf und Mustau treten vorgenannte Lohnsätze erst ab 15. Januar 1932 in Kraft.

Aus den Ortsgruppen

Bevelser. Eingangs der Versammlung vom 22. Sept. gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Johann Jakob. Die Versammlung ehrte den Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Nach Bekanntgabe des 2. Quartalsberichtes des Bezirks entpinn sich eine lebhaftc Aussprache, wobei zum Ausdruck kam, daß in der Werbung neuer Mitglieder mehr getsehen müsse. Zu dem am 25. Oktober stattfindenden Bezirksdelegierten tag wurden aus der Versammlung 3 Kollegen gewählt. Sodann machte Kollege Schmitt längere Ausführungen über den am gleichen Tage stattfindenden Termin am Arbeitsgericht Kleve, wobei es sich um eine Feststellungsfrage über Auslegung des Tarifcs handelte. Das Gericht stellte fest, daß laut tarifvertraglicher Bindung keine Berechtigung zur Veränderung der Lohnsätze für Auslandsaufträge bestehe. Es wurde somit eine Klärung der Lage durchaus nach unserer Auffassung herbeigeführt.

Nachdem der Vorsitzende noch über verschiedene Anfragen Aufklärung gegeben hatte, fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. T. B.

München. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Nachrichten seitens des 2. Vorsitzenden, Kollegen Benedikter, der an Stelle des durch Krankheit verhinderten 1. Vorsitzenden, Kollegen Weder, die gutbesuchte Versammlung eröffnete, hielt Kollege Mayer einen Vortrag über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Er zeigte u. a. an Hand statistischer Beweise, daß Deutschland mindestens 6 Milliarden RM. von den 12 Milliarden RM. für Einfuhr einsparen könne, wenn jeder die inländischen den ausländischen Produkten vorziehen würde, insbesondere auch die landwirtschaftlichen. Sodann berührte der Redner noch einige Punkte, wie Grobpenionisten, Reichstagsseinerberufung, Vertrauenskrise der Regierung, Arbeitslosenwinterhilfe u. a. Die Diskussion gestaltete sich erfrischendeweise sehr rege.

Der nächste Punkt der Tagesordnung behandelte Tarifnachrichten. Kollege Steinhardt berichtete von der Verlängerung des Api-Tarifcs mit einigen Veränderungen in der Briefumschlagindustrie und über die Verlängerung bzw. Verhandlungen der übrigen graphischen Tarife. Zu den Verhandlungen über die Arbeitszeitverlängerung wurde bemerkt, daß diese von der Arbeitnehmerschaft, wenn kein entsprechender Lohnausgleich und Einstellungsmanng damit verbunden ist, abgelehnt wird.

Unter Verchiedenem nahm der Kollege Benedikter Anlaß, unserem Kollegen Hage zu seiner Vermählung herzlichst zu gratulieren und überreichte ihm ein schönes Geschenk. Kollege Schlecht gab noch einige Mitteilungen über die nächsten Fakturse und forderte besonders die jungen Kollegen auf, dieselben zahlreich zu besuchen. Kollege Steinhardt wies noch auf die bevorstehende Werbekaktion hin und forderte alle Kollegen auf, hier tatkräftig mitzuarbeiten. Gerade in der Krisenzeit müssen wir unsere Organisation zu erhalten und stärken versuchen.

Münster. Nun kann auch unsere Ortsgruppe auf eine 25jährige Geschichte zurückblicken. Wie im ganzen Münsterlande bilden in der Stadt Münster die christlichen Gewerkschaften die Mehrheit. Dies trifft auch für unsere Ortsgruppe zu. Die christliche Arbeiterschaft weiß, was ihr die christlichen Gewerkschaften bedeuten. Sie hält ihrer Bewegung die Treue. Heute besonders, wo so viele Stürme gegen die Arbeiterschaft wüten. Mut, Ausdauer und Opferbereitschaft brachte unsere Bewegung durch manche Stürme hindurch. Solche Tugenden sollen uns auch in aller Zukunft beherrschen. Wir dienen dadurch unserer Bewegung und uns selbst.

Im Juli 1906 entstand hier in Münster durch die Initiative des Kollegen Anton Stodmann (heute als Buchbinder in Amerika tätig) eine Vertrauensmannschaft unseres Verbandes. 5 Kollegen legten den Grund für unsere heutige Ortsgruppe. Bereits am 22. August 1906 folgte die Gründung der Ortsgruppe mit 15 neuen Buchbinderkollegen. Der damalige Arbeitsekretär und heutige Stadtrentmeister Holle vollzog die Gründung. Von den Gründungsmitgliedern ist der Wertmeister Heinrich Schmitt ununterbrochen Mitglied der Ortsgruppe gewesen. Bis zum Kriegsausbruch 1914 entwickelte sich die junge Ortsgruppe sehr gut. Welche Bedeutung ihr entgegengebracht wurde zeigt die Tatsache, daß vom 13. bis 15. August 1910 das Verbandsparlament, die 3. Verbands-Generaterversammlung, in Münster tagte. Bis zum Kriegsausbruch machten sich besonders verdient um die Entwicklung der Ortsgruppe die Kollegen Behrens, Kiedel, Högemann und Menje. Weiter zerschlug der ungelückte Krieg auch hier manche guten Pläne. Fast restlos mußten die Kollegen ins Feld ziehen. Die zurückgebliebenen Mitglieder vergaßen sie jedoch nicht. Für über 400.— M. Liebesgabenpakete sandten diese den Vaterlandsverteidigern ins Feld. Die Kollegen Schmitt, Eggersmann und Kiedel verließen diesen Kameradschaftsdienst.

Nach Beendigung des Krieges wurde die Verbandsarbeit tatkräftig wieder aufgenommen. Die Mitgliederzahl stieg ganz bedeutend. Nach Schaffung der Reichstaxtarife sorgte die Ortsgruppe für reißende Ein- und Durchführung derselben am Orte. In der Gesamtbewegung sowie in den sozialen Körperlichkeiten hat die Ortsgruppe stets mitgearbeitet. Heute steht die Gruppe gesestigt da. Hermann Brinkmann, der derzeitige Vorsitzende und seine treuen Mitarbeiter sorgen stets im Sinne unserer christlichen Gewerkschaften und besonders unseres Verbandes.

Wegen der gegenwärtigen schlechten Zeiten hatte die Ortsgruppe von der Veranstaltung einer großen Feier Abstand genommen. Eine Jubiläumsversammlung, welche am 19. September im Lokal Weisentätter stattfand, erfüllte jedoch voll und ganz ihren Zweck. Zahlreich waren die Mitglieder, deren Angehörige und Freunde unseres Verbandes der Einladung gefolgt. Kollege Remigler würdigte in seinem Vortrage die Vergangenheit der Ortsgruppe. Er sprach im Namen des Hauptvorstandes und des Bezirks, sowie im Namen aller Mitglieder allen Kollegen Dank und Anerkennung aus, welche sich in den vergangenen 25 Jahren um die Ortsgruppe verdient gemacht haben. Er sprach auch von den Nöten der Gegenwart und den Aufgaben der Zukunft. Nur starke christ-

liche Gewerkschaften würden in der Lage sein, die Lebensmöglichkeiten des Arbeiterlandes zu halten. Vertrauen zur Bewegung und deren Führer sei dabei erste Voraussetzung. „Wir wollen ebenso fest und treu unsere Bewegung in der Zukunft hochhalten, wie es unsere „Mien“ in der Vergangenheit getan haben.“ Dies war der Gedanke all der Anwesenden, besonders aber auch der zahlreich anwesenden Jungkollegen am Schlusse des Vortrages. Die örtliche Gesamtbewegung stieß durch Kollegen Girard ein künstlerisch ausgeführtes Diplom überreichen. Für unsere Bruderorganisation, den Gutenberg-Bund, sprach dessen Vorsitzender, Kollege Siebelt. Er wünschte durch enge Zusammenarbeit ein weiteres gutes Gedeihen und überreichte ein wunderbares Tischbanner. Kollege Brinkmann sprach im Namen der Ortsgruppe allen Gratulanten den Dank aus. Es folgten Musikdarbietungen unseres Kollegen Wiegert. Herr Glaser erfreute durch gut gebrachte Gesangsleistungen. Bei angenehmer Unterhaltung verlebte die Anwesenden so einige recht gemüthliche Stunden. — Die Jubiläumssfeier ist vorbei, nun auf zur weiteren Arbeit bis zum goldenen Jubiläum.

Literatur-Eingänge, Besprechungen

Deutsches Wandern 1932. Der herrliche Bildjahreweiser für jeden Wander-, Jugend- und Heimatfreund. Herausgeber und Verlag Reichsverband für Deutsche Jugendverbände, Hiltchenbach in Weßfalen. Preis RM. 2.— 68 beiderseitig bedruckte Blätter.

Wer seine deutsche Heimat kennenlernen will, muß zu diesem Jahresser greifen und er wird einen Begriff davon haben, wie schön sie eigentlich ist. Dem Jugendbergsverwe, dieser wahrhaft sozialen Tat, um die uns andere Völkcr beneiden, will der Jahresserweiser ein Lobeswort sein. Wohl jeder, der diesen Jahresserweiser einmal in die Hand nahm, ist sein Freund geworden und geblieben.

In demselben Verlag erscheinen auch für die Kleinen und Kleinsten zwei prächtige, empfehlenswerte Festchen: **Freudenborn 1932**, das Jahrbüchlein für das junge Volk und **Ränzlein 1932**, ein frühliches Jahrbüchlein für kleine Wandersleute.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Berechnungen landten ein bis zum 3. Oktober 1931: St. Ingebert, Gsch, Oberrotbach, Friedrichshafen, Gumbinnen, Gera, Jena, Ubed, Striegen, Neuruppin, Kreuznach, Neumied, Walle, Ebertshausen, Grünhadt, Mannheim, Tübingen, Ulm, Baugen, Dessau, Leuban.

Gelber landten ein bis zum 3. Oktober 1931: Berlin, Dadr, Ulm, Donauwörth, Freiburg, Fulda, Albersleben, Köln, Würzburg, Jena, Hamm, Oberrotbach, Kempten, Tübingen, Seuzen, Breslau, Glatz, Gumbinnen, Striegen, Rohnburg, Gera, Friedrichshafen, St. Ingebert, Bonn, Freiburg, Gsch, Neumied, Walle, Ebertshausen, Grünhadt.

Zeichnungen müssen noch regelmäßiger als bisher geteilt werden. Alle verfügbaren Beträge sind laufend an die Hauptkasse abzuführen.

Die Vorstände der Ortsgruppen sollten gerade diese Aufgabe mit Aufmerksamkeit verfolgen und darauf achten, daß ihre Ortsgruppe regelmäßig hier erscheint.

Beichtkarten — falls noch nicht erledigt, sofort abgeben. Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Den neuermählten Kolleginnen **Maria Pollberger, Sophie Nolte, Anna Erkens** nebst ihren Lebensgefährten viel Glück und Sonne. Ortsgruppe Eifen.

DER GROSSE HERDER
12 BÄNDE UND 1 ATLAS
Verlangt Probeheft!

Der neue Typ des Lexikons
Gründlich und lebendig, zuverlässig und impulsiv
Band 1 schon erschienen
Verlag Herder, Freiburg im Breisgau